

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Probenheft: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Gamelnnummer 25 241.
Für den Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr bei täglicher Zustellung in Dresden oder durch die Post monatlich M. 1050,-
Einzelnummer M. 50,-, Sonntagsausgabe M. 70,-.
Anzeigen-Preis: Die typographische Zeile M. 100,-, außerhalb Sachsens M. 120,-, Familien-
anzeigen und Gelegenheitsanzeigen unter Weglassung des ersten Abzuges M. 40,-.
Vorzugsplätze ausserhalb des Landes gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Martenstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Ullrich & Neumann in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Abdruck nur mit schriftlicher Genehmigung der „Dresdner Nachr.“ zulässig. - Innozenz-Schriften werden nicht aufbewahrt.

Dresdner Privat-Bank
 Fernspr. 22205, 22336, 22866
 a. G. m. b. H.
 Dresden-A., Grunauer Straße
 Fernspr. 22205, 22336, 22866
 Ausführung sämtlicher Bankgeschäfte
 Kapital und Haf. summe 150 Millionen Mark

Koffer
 Entferlein
 Wolfen-
 hausstr. 23

KONDITIONE I UND CAFÉ
 Strehleiner UHLICH 2 Min. vom
 3 Straße 3 Hauptbhf.
 Hervorragendes Konditorei-Büfett

Bochum von den Franzosen besetzt!

Abriegelung des ganzen Industriegebietes. — Blutvergießen in Bochum. — Auch gegen Barzahlung keine Kohle für Frankreich.
Die halb-tägige Protestruhe. — Memel von den Litauern besetzt.

Die Besetzung der öffentlichen Gebäude Bochums.

Essen, 15. Jan. Heute mittag ist Bochum von den Franzosen besetzt worden. Nachdem um 11 1/2 Uhr der Bahnhof durch eine mit der Eisenbahn von anwärts angelaufene Abteilung besetzt worden war, erfolgte um 12 Uhr der Auszug weiterer Truppen. Das Rathaus, Post- und Telegraphenamt wurden besetzt. (W. T. V.)

Essen, 15. Jan. Die Vormarschabteilungen der Franzosen werden nunmehr rasch durchgeführt. Durch das ganze Industriegebiet und bis an die Tore Dortmunds sind im Laufe des heutigen Tages die französischen Kolonnen vorgerückt. Die Oberbürgermeister der besetzten Ortschaften sind sämtlich den fremden Eindringlingen mit ruhiger Würde entgegengetreten. Sie haben den schärfsten Protest gegen die widerrechtliche Besetzung eingelegt. In Bochum soll nach Ankündigung des französischen Generals ein Regiment untergebracht werden. Bestimmt als besetzt werden bisher von Ortschaften Langendreer, Witten, Gerne, Recklinghausen und Wetter a. d. Ruhr gemeldet. Es verlautet, daß die Grenzlinie des neu besetzten Gebietes zwischen Eilen und Schwerte verlaufen wird. Damit würde das gesamte rheinisch-westfälische Industriegebiet von französischen Truppen umschlossen sein.

Quartiermacher in Dortmund.

Dortmund, 15. Jan. Im Stadtteil Dort sind zwei französische Offiziere, zwei Unteroffiziere und zwei Mann eingetroffen. Der Ort Mengede, 10 Kilometer von Dortmund entfernt, ist von einer starken Abteilung Franzosen besetzt worden, ebenso Warten.

Der französische „Kriegsbericht“.

Paris, 15. Jan. Das Kriegsministerium veröffentlicht über die militärische Lage im Ruhrgebiet folgenden Bericht: Die französischen Truppen im Ruhrgebiet und in Düsseldorf setzen die Durchführung des vorliegenden Planes fort und sind heute vormittag in allgemeiner Richtung auf Bochum vorgerückt. Heute abend werden sie sich auf der Linie Werden, Dattlingen, Gerne, Heirichsbura, Recklinghausen, Bottrop befinden und links in Richtung mit der belgischen Abteilung stehen. In dieser kommandiert General Gouras, im Norden General Caron. (W. T. V.)

Italien nicht in der Räuber-Gesellschaft?

Rom, 15. Jan. Wie hier verlautet, ist bisher noch kein italienischer Ingenieur oder irgend ein anderer Beamter im Auftrage der Regierung von Italien nach dem Ruhrgebiet abgereist.

Französische Schüsse in eine demonstrierende Menge.

Bochum, 15. Jan. Heute abend fanden hier große politische Kundgebungen statt. Eine viertausendköpfige Menge zog vor das Rathaus, wo der französische General vorläufig untergebracht ist, und stimmte das Deutschland-Lied und andere patriotische Lieder an mit Schreien auf die deutsche Republik. Dann veranfaltete die Menge einen Umzug durch die Straßen der Stadt. Eine Abteilung kommunistischer Jugend brachte in einer Gegenkundgebung Schreie auf die dritte Internationale und auf die kommunistische Jugend Frankreichs aus. Die Schupo hatte keinen Einfluß auf die Menge. Gegen 8 Uhr kam es am Bahnhof zu einem Zusammenstoß mit französischem Militär. Das Militär schloß scharf, löste einen Mann und verletzte mehrere. (W. T. V.)

Zwischenfälle in Buer.

Essen, 15. Jan. Im neu besetzten Buer wurde, wie von französischer Seite der deutschen Polizei mitgeteilt wurde, auf französische Truppen quartiere mit Steinen geworfen, so daß den Truppen für den Wiederholungsfall bereits Waffengebrauch anbefohlen worden ist. Außerdem verlangt der französische Befehlshaber die Bekräftigung des Polizeidirektors von Buer. (W. T. V.)

Ein würdige Demonstration in Essen.

Essen, 15. Jan. Heute vormittag zog nach Ablauf der halb-tägigen Trauerfeier eine größere Menschenmenge vor das Hotel Kaiserhof, das von der Besatzungsbehörde requiriert ist, und stimmte dort das Deutschland-Lied und andere patriotische Lieder an. Es ereigneten sich keinerlei Zwischenfälle. Die Besatzungsbehörde stellt jetzt an die deutsche Polizei das Ansuchen, die Täter dieser Demonstration ausfindig zu machen und zu verhaften. (!) (W. T. V.)

Das Haupthindernis der österreichischen Sanierung.

Wien, 12. Januar.
Von unserem Wiener Mitarbeiter.

In den nächsten Tagen wird in Oesterreich eine politische Sache viel Staub aufwirbeln: Die Waffendiebstähle aus dem Wiener Arsenal. Diese Diebstähle bilden eine schwere Belastung für die Sozialdemokratische Partei Oesterreichs und speziell für das Zentrum der gemeinwirtschaftlichen Anhalten. Man denke: Seit Jahr und Tag tobt ein beständiger Kampf um den Begriff der Gemeinwirtschaft, der in Deutschland längst erledigt ist. In Oesterreich aber hat sich der schleichende Volkswirtschaftsabbau bisher auf behauptet und dank der kompromißfreundlichen Haltung der bürgerlichen Koalitionsregierung sogar die staatliche Finanzverwaltung sich dienlich gemacht. Zunächst erst wurden für die Unterstützung der gemeinwirtschaftlichen Betriebe 70 Milliarden Kronen bewilligt, ein Betrag, der seit Einstellung der Notenpresse nicht so leicht aufzubringen war. Nun stellt sich heraus, daß mit Wissen der wirtschaftlichen Leitung des Arsenals über 3000 dortselbst erzeugte, erstklassige Revolver weggebracht und zur Aufrüstung der Arbeiterwehren in Wien und in Tirol verwendet wurden. Die Sache kam auf; zunächst versuchte man die Affäre durch ein Parteienkompromiß zu vertuschen, zumal die bürgerlichen Wähler es nun schwer verstanden hätten, wie man einem Betrieb 70 Milliarden Steuererlöse bewilligt, daß daraus Revolver angeschafft werden, die sich gegen die Bürger selbst kehren. Die ganze Sache ist um so aktueller, als gerade jetzt die Sozialdemokraten eifrig bestrebt sind, ihre bisherigen Übergriffe auf dem Gebiete der Sozialisierung durch die Schaffung eines Bundesamtes für gemeinwirtschaftliche Anhalten gesetzlich zu verankern. Wenn trotz der Arsenaler Revolvergeschichte die bürgerlichen Parteien hier auch nachgeben, dann araben sie sich selbst das Grab.

Überhaupt ist nicht zu verkennen, daß die ganze wirtschaftliche Geschehnisse in Oesterreich seit 1919 von einem starken bolschewistischen Grundton beherrscht ist, gleichgültig, ob die Sozialdemokraten in der Regierung sitzen oder nicht. Für die jetzt in Paris angenommene Sanierungsaktion ist dies natürlich sehr bedenklich. Auf allen Gebieten, in der Grund- und Bodenpolitik, in der Wohnhauspolitik, in der Industriepolitik, überall finden wir das Fortwachen jener verhängnisvollen bolschewistischen Lehrmeinungen, die ja zumeist, da sie sich sofort als unüberführbar erweisen, nur mehr als reine Theorie fortbestehen, die aber, einmal in der Geschehnisse verankert, doch dem wirtschaftlichen Wiederaufbau Oesterreichs die schwersten Hemmnisse in den Weg legen werden. Wenn man bedenkt, daß das heutige Oesterreich dieselbe Arbeiteranzahl hat wie das viel härter bevölkerte Böhmen, ja daß es sogar über viel mehr Pferdeköpfe verfügt; wenn man bedenkt, daß Oesterreich nur wenig unproduktive Bodenschätze und mehr Getreidefeld und Bodenschätze, mehr Kohle und Wasserkräfte, überhaupt mehr Industrie anweist als die Schweiz und dann wieder sich das Darniederliegen der österreichischen Volkswirtschaft gegenüber der inneren Reichtum der schweizerischen oder schweizerischen Volkswirtschaft betrachtet, dann wirt sich von selbst die Frage auf nach dem „Warum“; die einzige Antwort darauf ist der schleichende Volkswirtschaftsabbau in der österreichischen Wirtschaftsorganisation.

Betrachten wir zunächst die Grund- und Bodenpolitik. Es ist selbstverständlich, daß in einem Gemeinwesen die völlige Auswirkung des privaten Eigentumsbereichs unmittelbar ist, daß er ausnahmslos öffentlicher Interessen Umänderungen erfährt. Seit 1918 werden diese öffentlichen Interessen mit Bestimmtheit in den Vordergrund geschoben, aber nur zur Bedingung rein politischer Sonderwünsche. Dem Eigentum wurde zunächst durch das Gesetz betreffend die Enteignung zu Wohnzwecken (Februar 1919) ein schwerer Stoß versetzt, insofern durch das vorerwähnte Gesetz bestimmt wurde, daß bebauter Verbesserung der Wohnverhältnisse der minderbemittelten Bevölkerung Grundstücke und dazu gehörige Gebäude enteignet werden können. Als Folge dieses Gesetzes erlab sich eine ganze Flut von Enteignungsansuchen, die zum größten Teil auch durchgeführt wurden, ohne daß die enteigneten Grundstücke binnen der gesetzlich festgesetzten Frist mit Kleinwohnungen bebaut wurden. In dieser Kategorie gehört das sogenannte Spielplatz-Schulhaus, demzufolge die Vermieter von Grundstücken, die als Spiel-, Sport- oder Turnplätze für den Betrieb von Körperübungen und Leibesübungen in gemeinnütziger Weise verwendet werden, nahezu vollkommen enteignet wurden. Bisher haben die

Keine deutsche Kohle für Frankreich und Belgien.

Verbot des Reichs-Kohlenkommissars.

Berlin, 15. Jan. Bei den Besprechungen, zu denen die Franzosen am 13. d. M. die Reichsregierung nach Essen geladen hatten, haben diese sich bezüglich etwaiger Kohlenlieferungen an Frankreich und Belgien ausdrücklich vorbehalten, daß solche Lieferungen nur gegen Barzahlung erfolgen könnten und daß nicht entgegenstehende Verfügungen des Reichs-Kohlenkommissars erlassen würden. Der Reichs-Kohlenkommissar hat, nachdem er von diesen Verhandlungen Kenntnis erhalten hatte, unter dem 13. d. M. mit Rücksicht auf den französischen und belgischen Einbruch ins Ruhrgebiet ausdrücklich die Lieferung von Kohlen und Koks an Frankreich und Belgien auch für den Fall der Bevorschussung und Barzahlung durch diese Staaten telegraphisch verboten. (W. T. V.)

Essen, 15. Jan. Auf das Telegramm des Reichs-Kohlenkommissars hin haben sämtliche Rechen sofort die Kohlenlieferung an Frankreich einstellen lassen. (W. T. V.)

Ueberreichung eines schriftlichen militärischen Gegenbefehls.

Essen, 15. Jan. Bei den heutigen Besprechungen zwischen den französischen Bevollmächtigten und den Vertretern der deutschen Verbände wurde von deutscher Seite den Franzosen vom Telegramm des Reichs-Kohlenkommissars Kenntnis gegeben und mitgeteilt, daß daraufhin die Rechen die Kohlenlieferung an Frankreich und Belgien eingestellt hätten. Ab dann wurden die anwesenden deutschen Vertreter gefragt, ob sie für die von ihnen vertretenen Rechen verantwortlich seien. Als diese Frage bejaht wurde, wurde einem jeden gegen Diktanda ein schriftlicher militärischer Befehl angeheftet, die Lieferung von Reparationskohle an Frankreich und Belgien sofort wieder aufzunehmen. Im Namen der deutschen Vertreter erklärte Fritz Thullen, daß dieser Befehl keine Folge gegeben werden würde. Wir sind Deutsche, sagte Thullen, und stehen auf dem Standpunkte, daß wir nur den deutschen Gesetzen unterworfen sind. Der französische Vertreter erklärte daraufhin die Verhandlung für geschlossen. (W. T. V.)

„Requirierung“ der Bergwerke?

Paris, 15. Jan. Wie „Lemas“ mitteilt, wurde in der heutigen Ministerversammlung beschlossen, wenn die Bergwerksbesitzer im Ruhrgebiet ihre Haltung nicht ändern, die Kohlen- und Koks mengen, die für die Reparationen erforderlich seien, sich durch Requirierungen zu verschaffen. Die Angelegenheit wäre dann nicht mehr allein Sache Ingenieurs Kohle, es hätte General Degoutte einzugreifen. (W. T. V.)

Der Reichskohlenkommissar Ehrendoktor in Charlottenburg.

Berlin, 15. Jan. Die Blätter melden: Der Reichskohlenkommissar Stubb ist auf einhimmlichen Beschluß von Rektor und Senat der Technischen Hochschule von Berlin-Charlottenburg zum Doktor-Ingenieur ehrenhalber ernannt worden.

Frankreich erhebt die Kohlensteuer.

(Eigener Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.)
Paris, 15. Jan. Nach Meldungen der französischen Morgenpresse werden die Franzosen von Mittwoch an in den besetzten Teilen des Ruhrgebietes und auf dem linken Rheinufer die Kohlensteuer erheben. Hierdurch will man die Gegenmaßnahmen der deutschen Regierung unwirksam machen. Die Erhebung der Kohlensteuer soll dazu dienen, die Reicher der Kohlengruben schädlos zu halten und schließlich die Arbeiter auszusaugen, wenn tatsächlich die Reichsbank sich weigern sollte, weiterhin Zahlungsmittel nach dem Ruhrgebiet zu schicken. Ein Erlaß des französischen Oberkommissars in dem besetzten rheinischen Gebiete, Tirard, wird dem Führer der technischen Kommission Herrn Gohle die notwendigen Vollmachten für diese Maßnahmen erteilen. Die zu erhebenden Abgaben werden 40 Prozent auf die Kohle und 20 Prozent auf den Gewinn betragen. Dem „Petit Parisien“ zufolge ist es wahrscheinlich, daß, wenn die Reichsbank nicht die genügenden Zahlungsmittel zur Auszahlung der Arbeiter nach dem Ruhrgebiet sendet, noch weitere Zwangsmaßnahmen ergriffen werden. Insbesondere scheint man daran zu denken, einen Appell an die lokalen Banken zu richten, um ein lokales Notgeld herauszugeben.

Tirard bei Poincaré.

Paris, 15. Jan. Nach der „Liberté“ ist der Vorsitzende der Interalliierten Kommission im besetzten Gebiete, Tirard, in Paris angekommen und heute vormittag von Poincaré empfangen worden. (W. T. V.)

Ueberfächtenverweigerung im Ruhrgebiet.

Berlin, 15. Jan. Nach einer Mitteilung des „Vorwärts“ aus Essen weigern sich die Bergarbeiter, anfänglich der Besetzung des Ruhrgebietes von heute ab Ueberfächten zu verfahren. Diese Weigerung erstreckt sich nur auf das neu besetzte Gebiet.

Dollar (Amtlich): 11875
Im Freiverkehr abends 6 Uhr: 14050

Berichte fast ausnahmslos das Fußballspiel als volkswirtschaftlich höher erachtet, als etwa die Anlegung von Redern teils des Großgrundbesitzers. Innerlich verwandt mit dem vorerwähnten Geseh ist das sogenannte Sachabdrückungs-Enteignungsgesetz. Durch dieses Gesetz wird nicht anders bestimmt, als daß derselbe, dem aus Gründen der Kriegsvorbereitung zeitweise das Privatvermögen weggenommen wurde, namentlich dessen vollkommen verlustlos werden soll, wenn für die Sachabdrückung dabei ein hoher Profit herauskommt. Das es der Gesetzgebung nach dem Umfange nicht um Sachabdrückung, sondern lediglich um politische Ziele, ja zunächst um eine politische Augenmaßnahme zu tun war, beweist am besten die Tatsache, daß diejenigen, die gegen die im allgemeinen bürgerlichen Gebührenerwartungen Familienmitgliedern Sturm liefen und hier eine völlig freie Veräußerung der adelichen Güter, eine Altersrückkehr im vollen Sinne anzukünden des Grundbesitzentums befürworteten, doch auf der anderen Seite mit einer Veräußerungsabstimmung land- und forstwirtschaftlicher Grundstücke im Grundvertragsbereich sich einverstanden erklärten.

Während in der Karapolitik die numerisch starke Vertretung des mittleren und kleineren bürgerlichen Besitzes bürgerliche Gesetze exakte hintanzubehalten vermochte, konnte sich auf dem Gebiete des städtischen Grundbesitzes der Volkswirtschaft voll auswirken. Ja, man kann behaupten, daß er gerade in der letzten Zeit seine Blüte erreicht hat. Im Dezember 1922 wurde von der österreichischen Nationalversammlung das Mietengesetz, das Wohnungsansforderungsgesetz sowie die Hausbesitzverordnung beschlossen. Das Wohnungsansforderungsgesetz nimmt dem Hausbesitzer die Verfügungsgewalt über die Wohnräume, während das Mietengesetz die wirtschaftliche Ausnutzung der Gebäude ausschließt. Die Kurzfristigkeit dieser Politik zeigt sich heute schon durch den zunehmenden Verfall der Häuser zu räumen, dem auch die Schaffung des sogenannten Instandhaltungsfonds im Ausmaß von ein Prozent des Friedensjahres nach Goldparität nicht Einhalt tun kann. Aber nicht nur von diesem rein volkswirtschaftlichen Gesichtspunkte aus ist der Schritt der bürgerlichen Parteien zur Verewigung der Hausbesitzerentrechtung bedenklich, sondern auch vom rechtspolitischen aus. Der Anfang ist getan und die Sozialisten haben nun einen entsprechenden Präzedenzfall, auf den sie bei ihren kommenden Wünschen nach Enteignung des gemerblichen, industriellen und schließlich agrari-

schen Privateigentums immer und immer wieder hinweisen werden. Ergänzend zu dieser Unterdrückung des Volkswirtschafts tritt mit vollem Geize die Enteignungspolitik der sozialistischen Wiener Gemeindeverwaltung.

Ein Hauptschlagwort der Umsturzleute war es, der Revolution in der Politik auch die Revolution in der Wirtschaft, die „Fabrikdemokratie“ folgen zu lassen. Privatinitiative und Privatkapital wurden in ihrem Einfluß energisch abgebaut und eingeschränkt und dafür ihrem Einfluß energisch abgebaut und eingeschränkt und dafür in den Betriebsräten dem Unternehmer ein neuer Faktor zur Seite gesetzt, der von ausschlaggebendem Einfluß auf Produktion und Produktionsmittel zu werden bestimmt war. Ja, man könnte sogar den Betriebsräten selbst noch eine gewisse Einsicht zubilligen, da sie aber zum Teil die Erwählten und damit die Gesungenen der Arbeiter und gerade der zahllosen und minderwertigen Arbeiter sind, so werden sie gesungen, die Ansprüche gegen die eigene Einsicht und zum Schaden der Produktivität zu vertreten. Heute haben sich in Österreich die Betriebsräte ebenso überlebt wie die Arbeiterräte, die noch vor wenig Jahren im politischen Leben Österreichs eine ausschlaggebende Rolle spielten, ja, dazu bestimmt waren, den Parlamentarismus zu ersetzen. Die Betriebsräte haben, soweit sie in Wirksamkeit getreten sind, nicht den Kapitalismus erschlagen, sondern die Produktivität der Volkswirtschaft. Wie ein österreichischer Volkswirtschaftler treffend anerkent, konnte der Kapitalist in Österreich ebensowenig umgebracht werden, wie in Sowjet-Rußland; im Gegenteil, im Sinne des roten Terrors wurde gerade der konservative und aufbauende Kapitalismus geschwächt zu Gunsten des Kapitalismus der Kaszjer des Niedergangs, die aus dem Osten aufstiegen. Das ist der Endeffekt sozialistischer Wirtschaftsveruche.

Noch immer sind große Massen des österreichischen Volkes dem Sozialismus verfallen, obwohl schon eine bessere Zukunft winkt. Beweis dessen, daß gerade in den letzten Tagen die Wehrmänner bataillonsweise aus der roten Organisation ausgetrieben sind. Dadurch wird die Bildung einer starken Autorität schon wesentlich erleichtert. Erst wenn eine solche sich in Österreich gebildet hat, kann dieses Land endgültig aus dem politischen und wirtschaftlichen Sumpfe von heute herauskommen.

Die Sachen in der Marnechlacht 1914.

(Eine Richtigeinstellung von General a. D. Baumgarten-Grullus.)
Frau Olga v. Nolke, die Witwe des Generalobersten v. Nolke, des deutschen Generaladjutanten bei Kriegsbeginn 1914, gibt in ihrem Buch die Niederschrift des letzteren über die Marnechlacht aus dem Jahre 1915 wie folgt wieder: „Ich fuhr am 11. September zu dem Kriegsüberkommando. — Ich hatte angeordnet, daß die 2., 4. und 6. Armee stehen bleiben sollten. Wie ich zum Oberkommando der 2. Armee kam, erklärte mir der Oberbefehlshaber, daß seine Armee nicht mehr im Stande sei, die zwischen der 2. und 4. Armee befindliche Ostlandstraße (40 Kilometer) Der Verfall der 2. Armee, wenn die Franzosen ihn anreizen sollten. Die 2. Armee habe so starke Verluste (Die Hälfte des Bestandes seit Kriegsbeginn) erlitten, daß sie nicht mehr im Stande sei, ihre Einheiten teils auf dem linken Flügel der 2. Armee, teils auf dem rechten Flügel der 4. Armee so ermbel, daß sie keine Gefechtskraft mehr habe.“ — Später heißt es dann: „So mußte ich nach dem bei der 2. Armee gewonnenen Einbrücken befürchten, daß sie nicht mehr im Stande sein werde, den bevorstehenden feindlichen Durchbruchveruch abzuwehren.“ — Schon der Oberkommandant Müller-Wobben, als Teilnehmer der Marnechlacht 1914 im Reichsarchiv der besten Kenner des darüber vorhandenen Aktenmaterials, schreibt dazu: „Hierbei läßt den Generalobersten v. Nolke kein Gedächtnis etwas im Stich. Der Entschluß zur Fortsetzung des Rückzuges ist nach den Aufzeichnungen des Oberkommandanten Tappen (damals Chef der Operationsabteilung der Obersten Heeresleitung. Der Verfall der 2. Armee) ohne Rücksicht auf dem Generalobersten v. Dausen gefaßt worden.“

Der Tatbestand bezüglich der Endarmee (3. Armee), den ich im Felde aus den Kriegsakten noch bei Lebzeiten aller Beteiligten — Generaloberst v. Nolke hatte mir dazu selbst ausführlich die Genehmigung erteilt — sechsseitig und in meiner „Marnechlacht 1914“ (Leipzig, H. W. Eppold) veröffentlicht habe, ist kurz der folgende: Generaloberst Freiherr v. Dausen trat am 11. September 4 Uhr früh den Vormarsch von Châlons an und erreichte mittags Sulpes, den Ort hinter der Mitte der von der Obersten Heeresleitung für die 3. Armee vorgeschriebenen Neutralität-Zulau-Francheville, die bei 40 Kilometer Breite in fünf Divisoren aufteilt war, um von den sechs nur noch halbstarke Divisoren der 3. Armee nachhaltig verteidigt werden zu können.

In Sulpes erwartete Generaloberst v. Nolke den Generaloberst v. Dausen. Letzterer wies auf die viel zu große Ausdehnung des der 3. Armee zugewiesenen Abschnitts hin und erreichte, daß der Abschnitt der 3. Armee nunmehr auf die halbe Breite Zulau-Sulpes (25 Kilometer) auf Generaloberst v. Nolke beschränkt wurde. Dieser Abschnitt sollte „als Festung“ ausgebaut werden. Die 3. Armee ging auch trotz eben beendeten 12-Stundenmarsches bei Regen und Nacht nach den übermenschlichen Anstrengungen der Vorkämpfer-Schlacht südlich der Marne unversehrt an den Ausbau der Neustellung. Raum hatte derselbe beantragen, da wurde die Front weit der Nacharmee (2. Armee, Generaloberst v. Bülow) viel weiter zurückgezogen war, nochmals überdeckt. Niemand hat mehr darunter gelitten, als der Oberbefehlshaber der 3. Armee, der vorbildliche Soldat, Generaloberst Freiherr v. Dausen. Er schrieb mir zu meiner Marnechlacht über die Lage am 11. September 1914: „Die durch die veränderten Anordnungen der Obersten Heeresleitung hervorgerufenen Störungen des Einflusses des bereits beantragten Stellungsbau, das Abbrechen der kaum bezogenen Winde und die Weiterleitung des Heeresströmes mußten in Kauf genommen werden, um im Rahmen des Großen und Ganzen zu bleiben, selbst auf die Befürchtung hin, daß durch den Wechsel in den Entschlüssen das Vertrauen des einzelnen Mannes zur höheren Führung am 11. September nicht gefährdet worden war.“

Auf Grund des vorhandenen einwandfreien Aktenmaterials muß auf das entscheidende zurückzuführen werden, daß die 3. Armee in irgendeiner Weise Anlauf zum Befehl des Rückzuges oder zur Fortsetzung des Weibens machen habe. Es steht aktenkundig fest, daß gerade die 3. Armee in den Schlachten südlich der Marne den durchschlaendsten Erfolg gehabt hat. Das erkennen sogar die Franzosen an. Das steht auch der nachstehende kaiserliche Erlaß vom 10. September 1914 warmherzlich hervor: „Am Generaloberst Freiherrn v. Dausen. Châlons. — Ich beabsichtige die 3. Armee auf ihren neuen, nach diesem Kampf erlangten Erfolgen. Die 3. Armee hat sich unter besonders schwierigen Verhältnissen stets musterhaft gehalten. Ich spreche ihr meine warme Anerkennung aus. Hebe mit Sie allen Annehmlichkeiten der 3. Armee meinen kaiserlichen Dank. Ich bitte neulich die Absicht, die 3. Armee zu besuchen, um Ihnen vorstehendes persönlich auszusprechen. Wilhelm I. R.“

Die Kohlenverhandlungen mit England.

Berlin, 15. Jan. In den Verhandlungen, die Elinnes und Thussen über die Einfuhr englischer Kohle verhandeln, erklärt das „B. Z.“: In den Besprechungen, die fortlaufend geführt werden, sind Vertreter der gesamten deutschen Industrie beteiligt. Wie das Blatt weiter führt, ist im Abriß die Industrie im Durchschnitt mit Kohlenvorrat für etwa zwei Monate gedeckt. Die Besetzung des Ruhrgebietes führt außerdem zu lebhafter Tätigkeit in den britischen Kohlenwerken. Die Besetzung von Frankreich, Amerika und Deutschland seien jetzt so groß geworden, daß sich die Verarmungsgefahr für die Rückkehr zum Wirtschaftsentgang anstelle des gegenwärtig geltenden Sektorenentzuges einstellen. (B. Z. N.)

Die denkbar heißeste Lage.

Ein französisches Urteil.
Paris, 15. Jan. „Le Nouveau“ erklärt es für falsch, daß zwischen der Ausdehnung des französischen Vorkriegs und der Frage der Kohlenlieferungen ein unmittelbarer Zusammenhang bestehe. Das Blatt bemerkt, die Anwesenheit von Soldaten und die Erklärung des Belagerungszustandes hätten die Dinge zwecklos kompliziert und tragen dazu bei, die Diskussion in ihren Hauptelementen zu verfallenen. Der Erlaß oder der Beschlüsse der „Belagerung“ des Ruhrgebietes sei davon abhängig, ob das französische Finanz- und Wirtschaftssystem der Lage angesetzt werden, die durch die natürlichen und künstlichen Ursachen zu einer der denkbar heißesten gemacht werde. Die künstlichen Ursachen seien der deutsche Mangel an „autem Wälen“ und die zweideutige Haltung der mächtigen deutschen Kapitalisten, die natürlichen Ursachen die Reaktion der Arbeiter, die selbstverständliche Unerschaffenheit der französischen Techniker und die Währungsfrage. (B. Z. N.)

London, 15. Jan. „Observer“ gibt der Ansicht Ausdruck, Polnacek werde mit seinen Plänen scheitern und kürzen und Mussolini werde sich losmachen.

Deutscher Reichstag.

(Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. Jan. Eingegangen ist eine Sorlage zur Aenderung des Gesetzentwurfes über Maßnahmen gegen die wirtschaftliche Not der Presse. Einem Beschlusse des Reichstages entsprechend erklärte sich das Haus damit einverstanden, daß von jetzt an kleine Anträge nur am Mittwoch jeder Woche behandelt werden sollen. In diesem Falle sollen auch alle Anträge von Abgeordneten erledigt werden. Der Gesetzentwurf über die Verträge mit Österreich und der Tschechoslowakei zur Ausschaltung der in- und ausländischen Besteuerung und über Rechtschutz und Rechtspruch in Steuerfällen wird in allen drei Lesungen angenommen. Angenommen wird ferner das Übereinkommen mit der finnischen Regierung über gewisse Fragen des Handelsverkehrs. Der Gesetzentwurf über die Erklärung der Verbindlichkeit von Tarifverträgen und die Novelle zum Weingeseh werden in erster und zweiter Lesung angenommen. Der Gesetzentwurf über die Maßnahmen bei den Berufsvereinigungen geht an den Sozialpolitischen Ausschuss. Der 9. und 10. Antrag zum Reichshaushaltsplan für 1923, der die Erhöhung der Beamtenbezüge bringt, wird in allen drei Lesungen angenommen.

Die Erhebung deutschen Geistes gegen welsche Gewalt.

Das aufgepeitschte deutsche Volksempfinden.

Nach einem innerlich erhebenden Sonntag wieder das Leid des arauen Alltags dinstschleppen zu müssen, ist schwer. Dem deutschen Volke ist dieses Schwere beschieden. Daß es unter der Last nicht erliegen, sondern sich die Seelenkraft, die zur Ueberwindung eines drückenden Schicksals erforderlich ist, bewahren wird, kann nicht zweifelhaft sein, wenn die Klammern nationaler Erbauung und fleghaften Lebenswillens, die am Sonntag überall im Reiche emporloderten, mehr als Strohhalm gewesen sind, wenn sie in den Herzen aller Deutschen dauernd fortbrennen wie auf Klären, die dem Genius unserer Zukunft geweiht sind. Es war freilich nicht alles ganz so, wie es hätte sein sollen. Unser Erbäbel, die parteipolitische Eigenbrötelei, erhob auch am Sonntag ihr verwitertes Haupt und ließ ihre krächzende, mißwönende Stimme hören. Leider nicht bloß auf Seiten der Kommunisten, bei denen man's nicht anders erwarten kann, weil sie dem nationalen Empfinden völlig ablehnend gegenüberstehen. Befremdlich aber und tief bedauerlich ist, daß auch die Mehrheitssozialdemokratie, die gerade in letzter Zeit anscheinend dem nationalen Gedanken in erfreulicher und verheißungsvoller Weise näher gerückt war, vielfach verlagte. Zwei Seelen wohnen offenbar in ihrer Brust. Die eine lebt in Männern wie Ebert und Löbe und fühlt sich wirklich mit im nationalen Boden wurzeln. Die andere aber tummelt noch immer auf dürrer Gedankenwiese ihr parteipolitische Strohgerüst und vermag sich selbst in einem so gewaltigen Augenblick vaterländischer Schicksalsstunde nicht über den engen Ideenkreis antikapitalistischer Tendenzen zu erheben. Diese Seele trat bei dem Parteivorlesenden Müller-Franke in groteske Erscheinung, als er im Reichstage nach den machtpollen Worten des Reichskanzlers und Dr. Stresemann ein vergilbtes Pergament aus der Mappe zog, um zu „beweisen“, weshalb die gegen alle Gewaltakte, auch gegen deutsche, protektierende Sozialdemokratie „ein Recht“ habe, sich gegen den Ruhrraub aufzulehnen. Was soll man dazu sagen? Einfach Schwamm drüber! Solche Parteipolitiker ohne nationale Schwungkraft verkennen gründlich die Stimmung, die auch unter der weitaus überwiegenden Mehrheit der Arbeiterchaft herrscht. Sie werden die Entwicklung zur allgemeinen Abwehrfront gegen französische Gewalt nicht aufhalten. Der Strom wird sie mitreißen, ob sie wollen oder nicht.

Der Reichskanzler Dr. Cuno hat nochmals alles, was Deutschland heute bewegt, in kernige Worte gefaßt und die Feststellung wiederholt, daß für die Dauer des vertragswidrigen Zustandes alle Leistungen an die Entente ausgeschloffen sind. So schreiten wir nun unter selbstbewusster Führung ernst und innerlich stark in das Dunkel der nächsten Zukunft hinein und warten ab, wie weit das vom Gewalttausch überhigte Frankreich in seinem Launel gehen wird.

Allenthalben Protestkundgebungen.

Berlin, 15. Jan. Abgesehen von den bereits veröffentlichten Berichten über den Verlauf des Trauertages am 14. d. M. ist die Belegung des Ruhrgebietes und zahlreiche Telegramme aus dem ganzen Reiche einzuweisen, aus denen zu ersehen ist, daß überall in ganz Deutschland mit scharfen Protesten gegen die Vergewaltigung des Ruhrgebietes durch die Franzosen und Belgier erhebende Kundgebungen für ein einmütiges Zusammenhaken des ganzen deutschen Volkes in dieser Zeit schwerer Prüfung stattgefunden haben. (B. Z. N.)

Zustimmungstelegramme an den Reichspräsidenten.

Berlin, 15. Jan. Dem Reichspräsidenten sind nach der Besetzung des Ruhrgebietes, insbesondere nach den Verantaltungen des gestrigen Sonntags aus allen Teilen des Reiches von Verammlungen, Behörden und Verbänden aller Kreise des Volkes, auch von Deutschen aus dem Ausland, zahlreiche Kundgebungen zugegangen, die schärfsten Einspruch gegen die Gewalttat der Franzosen e-eben und zur Haltung der Reichsregierung ihre volle Zustimmung zum Ausdruck bringen. (B. Z. N.)

Dr. Cuno über die deutsche Volksgemeinschaft.

Berlin, 15. Jan. Wie noch mitgeteilt wird, erklärte der Reichskanzler Cuno am Sonntag, als er von dem Leiter der Groß-Berliner Protestkundgebung, Abg. Freiherrn v. Zerener, gebeten wurde, zu der versammelten Menge zu sprechen, nach dem Hinweis auf seine Behinderung durch unaussprechbare Gestülte: Es war gut und notwendig, daß die Kundgebungen spontan und aus dem natürlichen Empfinden der Bevölkerung heraus zum Ausdruck brachten, was am Sonntag die Reichsregierung und der Reichstag sagten, was das deutsche Volk will.

Jetzt kommt es darauf an, daß unser Volk sich hinter die Regierung, ja, ich möchte sagen, daß es mit seinem Willen und Entschlusse sich in die Regierung stellt. Es gibt Seiten, in denen es auf das Schicksal der Völker, auf das Volk selbst noch mehr ankommt, als auf die Regierung. Eine solche Zeit erleben wir jetzt.

Das will nicht sagen, daß die Regierung nicht alles tun muß, um die Lage zu entwirren, nicht alles, um zu führen. Sie will und wird den Weg einer ehrlichen, offenen, einfachen, deutschen Politik gehen, den sie bisher ging. Dieser Weg ist auch weiterhin zu beschreiten. Aber er wird beschwerlich sein, noch beschwerlicher als bisher. Wir alle müssen ihn gemeinsam gehen. Wir reichen uns die Hände, um eine echte Gemeinschaft durch unser ganzes Volk zu bilden in dem Entschlusse, jeden beschwerlichen Weg zu gehen, den Weg, der die Ehre und Würde der Nation, dessen Ziel die Freiheit ist.

Die halbständige Arbeitsruhe im Westen.

Berlin, 15. Jan. In ganz Westdeutschland wurde heute vormittag eine halbständige Arbeitsruhe zum Zeichen des Protestes gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes in allen Fabriken und auf allen Schächten, sowie in den Geschäften, bei der Straßenbahn und den Behörden durchgeführt. Auch der Telephon- und Telegraphenverkehr hat geruht. Beginn und Ende des Proteststreiks wurden durch Glockengeläute und Deuten der Fabrikreifen angezeigt. Im Gebiet des Ruhrgebietes Duisburg war die Arbeitsruhe von den französischen Besatzungsbehörden verboten worden, ebenso wurde das Anlassen der Fabrikreifen und das Wägen der Glocken untersagt. Trotzdem erwiderten um 11 Uhr die Sirenen und überall wurde abgeknippt. Es war ein überwältigender Anblick, als die Krane, Elevatoren, die Ripper plötzlich mit hartem Druck die Arbeit einstellen und ihre Last in der Luft schweben ließen. Von den Verkaufsläden rasselten in allen Städten und Dörfern des Ruhrgebietes die Rolläden herunter und das Näherkommen, das als ewige Alltagsmusik über dem ganzen Bezirk liegt, legte aus. Es trat eine Totenstille ein. Im Direktionszimmer des Kruppischen Werkes in Essen erschienen kurz vor 11 Uhr ein Vertreter des französischen Oberkommandos und verlangte den Betriebsrat zu sprechen. Erst nach Beendigung der Arbeitsruhe wurde eine Aussprache zugelagt.

Die Protestruhe in Köln.

Köln, 15. Jan. Die heutige Kundgebung verlief ohne Zwischenfall. Um 11 Uhr setzte Allgemeines Glockengeläut den Beginn der halbständigen Ruhepause an. Am 10. und 11. d. M. fand eine zahlreiche Menschenmenge barhäuptig und verbarnte einige Minuten in dieser Stille. Die Behörden, Bureaus und Fabriken waren geschlossen. Die Geschäfte hatten die Fensterläden herabgelassen oder die Ausläagen abgeblendet. Jeder Verkehr hand völlig still. In größeren Werken wurden ernste Feiern abgehalten. Glockengeläute und Sirenen kündeten das Ende der würdigen verlaufenden Kundgebung an. In dem von den Franzosen besetzten Gebiet waren die Kundgebungen verboten.

Der nationale Protest in Bayern.

München, 14. Jan. Ganz Bayern trug am Sonntag das Gepräge eines vaterländischen Trauertages. In der Landeshauptstadt wurden die vaterländischen Kundgebungen am Vormittag durch einen offiziellen Trauertakt der bayerischen Regierung und des Landtages im Odeon-Saale eingeleitet. Ministerpräsident Dr. v. Kullma gab in packenden Worten den Verfall der Trauer, aber auch der nationalen Gefühlsregung Ausdruck und erhob vor der ganzen Welt laute Klagen gegen die Franzosen. Von den Nebenhängen der Pfalz bis zum Bayerischen Wald und bis zu den Gipfeln der Alpen erhebe sich das bayerische Volk gegen das himmelschreiende Unrecht. Der Redner mahnte, die Reihen zu schließen und den einzigen Willen des deutschen Volkes zu bekunden. Entschloffen denn je mühten sich heute alle Söhne Deutschlands zum Reichsgedanken bekennen. Auch Bayern stehe fest zum Reich als sein treuer Reichsteil. Der Minister schloß mit der Erklärung, man werde keiner Gewalt weichen, wo es geht, das deutsche Volkstum vor dem Feinde, vor Verleumdung und Vergewaltigung zu bewahren. Stehend sang die Verammlung das Deutschland-Lied und nahm eine Entschloffenheit an, die gegen die Besetzung deutschen Landes stommenden Protest erhebt, und der Erwartung Ausdruck gibt, daß die Reichsregierung die Würde der Nation wahren und in ihrer entschloffenen Haltung fest bleiben werde.

Am Mittag versammelte sich die Münchner Bevölkerung vor der Feldherrnhalle zum Protest gegen die feindliche Unterdrückungspolitik. Hier erhob Landtagspräsident Königbauer energischen Einspruch gegen die Vergewaltigung des Ruhrgebietes und schloß mit einem feierlich aufgenommenen Hoch auf das Vaterland. Die riesige Menge sang nationale Lieder. Gruppen mit roten und weißem Fahnen, die von einer Funktionärversammlung kamen und in der Nähe der Feldherrnhalle demonstrierten, wurden auseinandergetrieben. Die Menge entriß ihnen die Fahnen und zerbrach sie.

Am Nachmittag versammelten die vaterländischen Vereinigungen eine Protestversammlung auf dem Königsplatz. Der Platz konnte die riesige Menschenmenge kaum fassen.

Memel in der Hand der litauischen Räuber.

Die weiße Fahne auf der französischen Präsektur.

Entwaffnung der Franzosen.
Memel, 15. Jan. Um 12 Uhr kam ein Trupp von etwa 20 Litauern mit Gewehren und Maschinengewehren über die Große Brücke in das Zentrum der Stadt. Der Trupp besah sich zur Brückenbrücke, die aufgegeben war und schloß die Brücke, um den Haupttrupp der Freischärler herüberzulassen. Auch die französische Präsektur ist von den Litauern besetzt worden. Es soll dort eine weiße Fahne gehißt worden sein. Das Schießen hat zurzeit aufgehört. Der Teil der Stadt um die Kaserne und um den Postenturm befindet sich noch in den Händen der Franzosen. Die Litauer marschieren jedoch jetzt in den Rücken der Franzosen. (W. T. V.)

Memel, 15. Jan. Um 1,30 Uhr ist die Besetzung gekommen, daß auf der französischen Präsektur die weiße Fahne gehißt worden ist. Der hier befindliche Teil der Besatzung wurde entwaffnet. Hauptdirektor Groß wurde, als er aus dem Fenster sah, durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Anschließend ist auch jetzt der Bahnhof frei. Versittete Litauer stehen in die Stadt. (W. T. V.)

Nach den letzten unmittelbaren Meldungen aus Memel herrscht dort nachmittags völlige Kampfesruhe.

Königsberg, 15. Jan. Die Fernsprecherverbindung mit Memel ist heute nachmittags unterbrochen worden.

Die „Beute“ der litauischen Räuber.
Tilsit, 15. Jan. Die litauischen Freischärler in Memel haben durch Raubzüge bekannt gemacht, daß die Litauer sich im Besitz der Stadt befinden und drei schwere Minenwerfer und ein leichtes M.-G. „erbeutet“ hätten. 7 Franzosen und 15 memelländische Schutzpolizisten seien gefangen genommen. Die „weitere Beute“ sei noch nicht zu übersehen.

Die Haltung der litauischen Regierung.
Paris, 15. Jan. Nach einer Davos-Meldung aus Romno ist dort gestern eine Versammlung von Vertretern der Union Memel durch Litauen abgehalten worden. Der Präsident

Polnische Einberufungen.

Ein polnische Strafaktion gegen Litauen?
Kattowik, 15. Jan. In auffälliger Weise erhielten in den letzten Tagen die in Polnisch-Oberschlesien tätigen Kon- greß-Polen Einberufungsbescheide, wonach sie sich sofort bei ihrem unabhängigen Garnisonkommando zu stellen haben. Nachrichten über Einberufungen von Konzeß-Polen kommen aus allen Teilen der Wojwodschast Schlesien. Bei den Einberufenen handelt es sich um die jüngeren Jahrgänge. Die Oberbefehlshaber sind bekanntlich fünf Jahre von jeder Dienstpflicht befreit. Die polnischen Maßnahmen erregen unter den ober-schlesischen Arbeitern großes Aufsehen.

Warschau, 15. Jan. Nach Auffassung hiesiger Kreise besteht die Möglichkeit, daß unter Umständen Polen angefordert werden könnte, namens der Entente gegen die Litauer vorzugehen, obgleich die gegenwärtige polnische Regierung sich nach dieser Aufgabe fernweg dränge. Ferner hält man es für ausgemacht, daß, wenn nicht Berlin (1), so doch mindestens Moskau hinter dem litauischen Vorgehen stehe, und daß eine direkte Bedrohung Polens möglich sei. In militärischen Kreisen will man zuvorkommen. Man bringt hiermit eine plötzliche Reise des Generalstabschefs Pilsudski an die Litauische Grenze Polens in Verbindung und die angeordnete Einberufung von 15 Jahrgängen.

Paris, 15. Jan. Die „Chicago Tribune“ aus Litauen meldet, haben die litauischen Truppen am Sonntag das Feuer auf die Franzosen eröffnet. Es sind acht Tote und Vermundete. Das erste Mal haben Deutsche an der Seite der Franzosen gekämpft. Die schon gemeidet, hat die Reichswehr den französischen Oberst Trosson von Warschau nach Memel deportiert. Die Pariser Presse hat für diese Mission nur Dohn und Spott. Sie fragt, was eigentlich der einzelne Mann ausrichten soll und was man sich mit der Entsendung der zwei französischen Kriegsschiffe gedacht habe, die so oft seien, daß sie kaum noch imstande seien, zehn Mann zu tragen.

Derliches und Sächsisches.

Altsächsischer Verband, Wehrverein und Ostmarkenverein zu Frankreichs Gewaltpolitik.
Von obigen Verbänden geht eine folgende Erklärung aus: „Die Ortsgruppe des Altsächsischen Verbandes, des Deutschen Wehrvereins und des Ostmarkenvereins erheben namens ihrer zahlreichen Mitglieder schärfsten Einspruch gegen die unter Führung der Franzosen begonnene ruflose Gewalttat von Essen.“

„Mit dieser Tat ist selbst der Friede von Versailles, der kein Friede war, aufs schändlichste gebrochen. Eine Schicksalsstunde ist gekommen und, wenn wir uns ihr gewachsen zeigen, eine Schicksalswendungsstunde. Nicht das erste Mal war's in der Weltgeschichte, daß die Vorherrschaft eines vor das und die andere blinden Feindes bediente, um ein Volk zu retten. Nicht das erste Mal, daß aus wildem Ardeur hellher Segen sprach. Aber nicht Trauer, an einen Tag gebunden, kann uns helfen, nicht noch so tiefe ehrliebe Entrüstung. Auf mehr kommt's jetzt an, auf eines, das kein muß; daß wir in Einmütigkeit fest bleiben und durchhalten, Regierern und Volk, daß beide einander aufmuntern und anspornen. Schwere Stunden werden über uns kommen, aber wenn wir aushalten, auch über die Franzosen, die mit diesem Verbrechen sich den drohenden Zusammenbruch schenken wollen. Nicht wieder dürfen wir matt und weich werden. Es ist ein ehernes Gesetz und ich will mich nicht aus dem Ring lassen; wer ausbarrt, wird überwinden; wer die härtesten Nerven behält, dem winkt die Rettung, dem winkt der Preis!“

Um Verfallt zu vermeiden, verzichten die oben genannten Verbände ein gegenwärtiges Augenblick auf eine eigene Einspruchsfundierung und fordern hiermit ihre Mitglieder Mann für Mann auf, durch ihren Besuch die Einspruchsfundierung der ihnen nahestehenden Parteien und Verbände am 18. Januar zu machtvollen Kundgebungen zu veranlassen.“

Wahllich der Trauerkundgebung in der Synagoge
legte Rabbiner Dr. Wolf seiner Predigt die Worte des Psalmisten (Psalm 20, 7-8) zugrunde: „Mögen die Vertrauen auf ihre Streitwagen und jene auf ihre Schachtroffe. Wir wollen uns bekennen zum Namen des Ewigen; unferes Gottes. Sie werden sinken und fallen, wir werden stehen und aufrecht bleiben.“ Die Predigt spielte in den Worten: „Nicht politische Macht, sondern sittliche Größe bedingen den Bestand und den Wert eines Volkes. Wir trauern um das vergewaltigte Vaterland, beklagen die ademierte Menschheit; doch hoffen wir auf Gottes allwaltende Gerechtigkeit und glauben trotz allem an den ewigen Sieg der Liebe unter den Menschen.“

Beschärkung der wirtschaftlichen Not.

Beschärkung der wirtschaftlichen Not.
Berlin, 13. Jan. Unter dem Vorhänge des Reichswirtschaftsministers Becker fand heute eine Aussprache mit den Spitzenorganisationen der Industrie, des Handels, des Handwerks, der Gewerkschaften und der Bauernschaften statt, welche die durch die Besetzung des Ruhrgebietes verschärfte wirtschaftliche Notlage und die etwa zur Abhilfe oder Verringerung der Notmaßnahmen zum Gegenstande hatte. Der Reichswirtschaftsminister beonte in der Eröffnungsansprache, daß das gewaltsame Vorgehen der Franzosen und Belagerer leidet den Preis des Lebensbedarfs der Bevölkerung die Tendenz zu weiterem Steigen geben werde. Diese Entwicklung werde um so fühlbarer werden, als wir infolge der Erhöhung der Kohlenpreise vor einer weiteren Preiswelle in unserer gesamten Gütererzeugung ständen. Es müsse das Bestreben aller in der Wirtschaft tätigen Kreise sein, dafür zu sorgen, daß die Lebensbedingungen des Volkes nicht über das durch die unabwehrbaren von außen kommenden Ereignisse bedingte Maß hinaus verschlimmert würden. Hierzu erbat er die Mitarbeit der Spitzenverbände und ihren zur Besonnenheit und Mäßigung mahnenden Einfluss auf ihre Mitglieder drängen im Lande. Die Reichsregierung lege auf eine enge Zusammenarbeit mit allen Wirtschaftskreisen gerade jetzt besonderes Gewicht.

In mehrstündiger Aussprache trugen alsdann die berufständlichen Vertreter ihre Wünsche und Anregungen vor, die sich insbesondere erstreckten auf: die Warenpreisbildung sowie deren Überwachung und Beeinflussung, die Einwirkung der Produktivitätssteigerungen auf die Preise, die Ausländer- und die Kartellfrage, die Möglichkeiten der Steigerung der Produktion durch Mehrleistung an wichtigen Stellen oder Um- schichtung der Arbeitsbevölkerung. Daneben wurde auf die Notwendigkeit hingewiesen, auch kleinere Maßnahmen mit psychologisch Auswirkung (s. B. Vorgehen gegen die Schlemmerei) nicht außer acht zu lassen.

Der Reichswirtschaftsminister nahm alle diese Wünsche und Anregungen mit Interesse und mit besonderem Danke entgegen und versprach, daß sie bei den praktischen Maßnahmen der Reichsregierung in Erwägung gezogen werden würden. (W. T. V.)

Ein gewonnenen Prozeß des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen.
Berlin, 15. Jan. In dem heute vom Kammergericht entschiedenen Prozeß des Prinzen Friedrich Leopold von Preußen gegen den preussischen Finanzminister um die zwischen Schellendorf und Wannsee belegene Herrschaft Düppel-

Die Teuerungszuschläge der Beamten.

Die Teuerungszuschläge der Beamten.
(Präsidialbescheid unter Berliner Schriftleitung.)
Berlin, 15. Jan. Der Haushaltsausschuss des Reichstages bewilligte unter Berücksichtigung der allgemeinen Teuerung eine Erhöhung des prozentualen Teuerungszuschlages der Beamtenbesoldungen um 60 auf 80 Prozent vom 1. Januar ab und um weitere 20 auf 100 Prozent vom 17. Januar ab. Der Frauensatzschlag wurde monatlich auf 5000 M. erhöht.

Ferner wurde dem weitverbreiteten Irrtum entgegengetreten, daß die neuen geldlichen Anforderungen nur der aktiven Beamtenschaft zugute kämen. Bei der Erhöhung der Besoldungen seien auch ledigmal die der pensionierten Beamten, die der Beamtenwitwen, die der Invaliden und die der gefamten Reichswehr-Angehörigen, sowie die der ehemaligen Offiziere und Mannschaften, mit eingeschlossen.

Weiter wurde die Erhöhung der Teuerungszuschläge und der Einkommensgrenzen im Gesetz über Teuerungsmah- nahmen für Militärentrentner genehmigt. Es soll damit der fortschreitenden allgemeinen Teuerung, besonders auch der im Januar eintretenden Preissteigerung, Rechnung getragen werden. Die Erhöhung bedeutet eine Verdoppelung der Teuerungszuschläge, die insgesamt im Dezember bezahlt wurden.

Auflösung des Nationalverbandes deutscher Soldaten in Preußen.

Auflösung des Nationalverbandes deutscher Soldaten in Preußen.
Berlin, 15. Jan. Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist vom preussischen Minister des Innern der Nationalverband deutscher Soldaten mit dem Sitz in Berlin verboten und für aufgelöst erklärt worden.

Die Kriegsschuldigenprozesse.

Die Kriegsschuldigenprozesse.
Von dem Kriegsprozessen sind vor einiger Zeit eine Anzahl durch Einstellungsbefehle des Reichsgerichts erledigt worden. Inzwischen ist das Verfahren gegen weitere 88 Beschuldigte eingeleitet worden. Von den 88 Prozessen der Auslieferungsbefehle sind insgesamt 125 durch Einstellungsbefehle, 7 durch Freispruch in öffentlichen Hauptverhandlungen und 6 durch Verurteilung erledigt worden. 75 der auf der Auslieferungsbefehle stehenden Deutschen sind inzwischen verstorben.

Der neue Straßenbahnfahrplan.

Der neue Straßenbahnfahrplan.
Zur Wiedereinführung der Monatskarte.
Wie wir bereits vor mehr als Monatsfrist ankündigten, wollte die Direktion der Städtischen Straßenbahn denjenigen, die beruflich auf eine regelmäßige Benutzung dieses öffentlichen Verkehrsmittels angewiesen sind, wie Kaufleute, Keratze vor allem aber Angestellte und Arbeiter, durch erneute Einführung der früher außerordentlich stark verbreiteten Monatskarte entgegenkommen. Man war sich beim Male darüber klar, daß viele Kreise, die jetzt die Straßenbahn wegen ihrer ständigen Verteuerung konsolidieren und zum großen Teil die um das acht- bis zehnfache höhere Eisenbahn benutzen, zurückgewonnen und dadurch festere Grundlagen für die „Rentabilität“ des Unternehmens geschaffen werden könnten. Nun hat die Stadt ihr Versprechen eingelöst und wird für den nächsten Monat Monatsfahrkarten mit Lichtbild für alle Linien zu 1400 Mark oder nur für eine Strecke zu 1200 Mark ausgeben. Daß die Straßenbahndirektion mit dieser „Fahrverbilligung“ das gerade Gegenteil von dem erreicht, was erwartet werden konnte, muß nach den obigen Preisen, außer der Direktion, jedem, der die Straßenbahn benutzt, klar sein. Da am 1. Februar bereits eine neue Erhöhung eintritt, wonach der Preis für die Einzelfahrt 120 Mark beträgt, so hat also jemand, der eine Monatskarte besitzt, im Monat Februar tagtäglich einschließlich der Sonntage 457 Mark = 38 Fahrten auszuwenden, um auf seine Kosten zu kommen und wahrscheinlich vier bis fünf Fahrten, um die Summe zu erreichen, die er bei Benutzung eines der Fahrkarten zum Erreichen hätte. Die Direktion legt ihrer Berechnung, wie wir erfahren, die Annahme von 100 Fahrten im Monat zugrunde! Glaubt sie im Ernst, daß ein wirklich nennenswerter Bruchteil derjenigen, die die Straßenbahn benutzen, diese hohe Zahl abfährt? Das wären höchstens die sogenannten Kurzfahrer. Der Angehörige, der eine Streckenmonatskarte nehmen würde, benützte sie täglich höchstens viermal, im Monat also 108 mal, da die Straßen-

Die liebe Not mit dem lieben Brot.

Die liebe Not mit dem lieben Brot.
Von Dr. Johannes Kleinpaul.
„Das „unser täglich Brot“ schlechter, kleiner, teurer wird, daß wir damit nicht ausreichen — kaum zum Sattwerden!“ — diese Klagen sind so alt, wie seine — Geschichte. Ebenso alt die Maßnahmen, um dem abzuwehren; alles schon dagewesen; ewige Wiederkehr des Gleichen.

Um zunächst von schlechten Zeiten zu reden: das wurde das Brot gekostet. Schon Kurfürst August von Sachsen gab im Jahre 1570 gute Ratsschlüsse, wie man in teuren Zeiten abmildern sollte und was man tun sollte. „Nun, wir haben, während des Weltkrieges, Schlimmeres erfahren, nicht das Schlimmere; im Jahre 1275 aßen die Leute nach der Leiniger und Mühlener Chronik Brot aus Eichel- und Baumrinde mit einem Teig aus Lindenknospen und Weizen...“

Um solchen Nöten vorzubeugen, legte man in guten Jahren Getreidevorräte an; die erhen wohl Herzog Georg der Bärtige von Sachsen, des eben genannten Kurfürsten August Oheim, in der Sommehäcker Pflanze. Um dieselbe Zeit auch in Emden, wo der im Jahre 1557 gegründete „Kornvorrat“, der vielen Geschlechtern das Kerkge erpante, heute noch besteht; er soll nie weniger als zehn „Takt“ betragen, sofern es die Mittel erlauben, auf amala bis dreißig „Takt“ erhöht und von Zeit zu Zeit erneuert werden. Anfangs betrug das Vermögen dieser aus freiwilligen Beiträgen errichteten Stiftung 95 Gulden, drei Schaf, 5 Witten, „dazu einen silbernen Becher und eine Kiste im Werte von 10 Gulden“, zuletzt (vor dem Kriege) schätzungsweise 80000 M. Von einem kleinen Kreise vertrauenswürdigler Bürger wird sie ehrenamtlich verwaltet, von wucherischen Einflüssen blieb sie alle Jahrhunderte hindurch verschont.

Anderwo hatte man keine liebe Not, sich solcher zu erwehren. Schon Kaiser Friedrich III. schrieb in seinem Landfrieden vom Jahre 1227 Höchstpreise für alle s Brotgetreide vor, und durch eine Verordnung vom Jahre 1577 wurde die Monopolisierung durch Aufkauf der vorhandenen Bestände an nötigen Lebensmitteln und der Früchte auf dem Dalmie verboten; wer die Wucherer zuerst ansetzte, erhielt einen Anteil des beschlagnahmten Gutes, die Wucherer aber wurden an Geld und Ehre gekostet und ihnen das freie Geleit für den Verkauf von Meßlen und Märkten entzogen.

Auch mit den ungetreuen Mältern und Bäckern ging man hart ins Gericht: man spannte sie in einen Korb, hing den an einen „Schneepalgen“ am Rande eines Flusses, Dorf- teiches — wenn nicht noch absterben — und „wippte“ sie

in die Flut. Solches „Schneepalgen“ war früher ganz allgemein, a. P. in Stralsburg, Regensburg, Wien und München — hier noch zu Anfang des vorigen Jahrhunderts — üblich. Wer diese schimpfliche Strafe, durch die der erbitterte Böbel sein Mäcken an ihnen — und sie selber — „lächte“, einmal erduldet hatte, nahm sich in acht.

Anderwo beugte man vor. In Frankfurt a. M. wurden im Jahre 1439 an verschiedenen Plätzen öffentliche Wagen aufgehängt, auf denen jedermann das gekaufte Brot sofort nachwiegen lassen konnte. Der Rat zu Freiburg ließ im Jahre 1517 eine „Brotordnung“ in das „rote Stadtbuch“ eintragen, auch auf ein messingenes Täfelchen setzen und den „Bäcker zur Benachrichtigung mitteilen, wie sie es zu halten hätten“. Im Jahre 1568 erließ Kurfürst August für ganz Kurpfalz eine „Brotordnung“, in der er ganz genau be- stimmte, wie groß bzw. wie schwer und teuer ein Brot sein sollte; was aber fünf, sechs oder mehr Loth an Gewicht zu geringe befanden, das soll zurhauften und den Armen gegeben und dem Verderber das Handwerk ein Monat geleant sein“. Demzufolge bestimmte der Rat zu Oera, daß zwei Rathsherren unverzüglich alle Tage, sobald es ihnen notwendig erschien, den Bäckern das Brot, den Roggen und Weizen wegnehmen, alles auf dem Rathaus genau prüfen und abwägen sollten, ob das Brot groß, luftig, klar und ausgedehnt sei. Hier wurde also auch mit auf die Güte des Backwerks ge- sehen. Anderwärts veranstaltete der Rat sogar alljährlich im Sommer, gleich nach beendeter Ernte, ein Probebacken, mit dem zugleich eine Gewichtsbestimmung und Preisfest- setzung für das ganze folgende Jahr verbunden war. Zuerst geschah das wohl in Augsburg. Im dortigen Stadtbuch vom Jahre 1276 heißt es darüber: „Wenn Sanft Jakobstag (25. Juli) kommt und man neues Getreide haben kann, so soll man mit demselben Probebrot backen und sollen dabei sein zwei Bürger und zwei Bäcker. Und soll man kaufen einen halben Scheffel Donauer (Weizen aus der Donaugegend) und einen halben Scheffel Strahkern (geringerer Weizen), einen halben Scheffel Roggen vom besten und einem halben von geringerem Werte. Und was die vier schäben, die dabei sind und es verarbeiten, das soll der Stadtrichter gelten lassen. Und in welchem Preise das Korn ist zu den Zeiten, wo man es verfährt, danach sollen die Bäcker backen und soll man danach bis wieder zu Sanft Jakobstag mit dem Brot auf- und ab- schlagen nach rechter Rechnung.“

Reitz schon hat man auch an Nationalierung gedacht. Zuerst wissen wir davon wieder aus Freiberg. Nach dem harten Sommer 1540 mühten dort alle Bäcker ihr Brot in die „alte Trinkeube unterm Rathaus“ bringen und es „nach den Vierteln und Rotten unter die Bürger und Bergleute verteilen“. Endlich kam die Brotkarte; schon vor jetzt

75 Jahren. Im Jahre 1847 kostete im Bergischen Lande in- folge örtlicher Schwierigkeiten, hervorgerufen durch eine Miß- ernte, ein Brot 12 Silbergroschen. Dabei verdient aber ein Tagelöhner bei 14- bis 15stündiger Arbeitszeit nur vier bis fünf Groschen, so daß er eine halbe Woche hätte arbeiten müssen, um sich ein Brot zu kaufen. Deshalb errichteten verschiedene Gemeinden Getreidebänke, die sie mit Broiform aus anderen Gegenden füllten, um dem Hunger vorzubeugen und gleichmäßig zu verteilen. Zum Glück brachte das Jahr 1848 eine reich gelegnete Ernte und Getreide im Ueberfluß; der Kornpreis fiel auf die Hälfte, und die Brotkarte konnte rasch wieder verschwinden, — um während des Weltkrieges aufs neue zu erscheinen.

Trotz aller dieser Bemühungen haben einzelne Landstriche, die sich keiner guten Verkehrsmittel erfreuen und deshalb nicht bald — oder überhaupt nicht, wie noch das obere Erz- gebirge in den 1870er Jahren — Zufuhren erlangen konnten, wieder und wieder schreckliche Hungerzeiten durchgemacht. Ein recht augenfälliger Beweis dafür ist die Schaumänze. Die vor jetzt reichlich hundert Jahren geprägt wurde. Auf der einen Seite steht man eine Mutter mit einem Säugling im Arm; vor ihr steht ein größerer Knabe, der sich die Hände erhebt, mit der Unterschrift: „Gib mir Brot! Mich hungert!“ Schmerzlich wendet sie ihr Antlitz ab; sie kann seine Bitte nicht erfüllen, nicht erhören. Auf der anderen Seite steht die Aufführung: eine Wage; auf der einen Schale ein Gewicht von 1 Pfund 8 Lot, auf der anderen ein Halb Brot: „12 Kreuzer“. Danach mühte heute ein Zehn-Pfund-Brot an 1000 Mark kosten! Unter der Wage aber: steht man ein volles Lehrenbündel mit einem Anker und der Unter- schrift: „Verzaget nicht! Gott lebt noch!“

Ein Gegenstück hierzu ist eine Radierung des Augs- burger Meisters Daniel Dopfer aus dem 16. Jahrhundert, die einen Versuch Salomonis veranschaulicht, der darüber steht: „Wer Korn behält, dem fluchen die Leute, aber Segen kommt über den, so verkauft“. Das Bild zeigt einen unbarm- herzigen Kornwucherer auf offenem Markte, der seine ge- füllten Getreidesäcke mit seinem wuchtigen Körper bedrückt, um sie dem Handel zu entziehen, und alle Hungernden mitteil- los abweist; er wird deshalb von seinem bösen Gewissen in Gestalt teuflischer Fräßen geplagt, während sich über die wohlthätigen Kornhändler der Segen des Himmels ergießt.

Und wie war es vor hundert Jahren bei uns zu Lande um die Brotversorgung bestellt? Wilhelm v. Kugelgen be- richtet in seinen prächtigen „Gedächtnisreden eines alten Mannes“ darüber während der Franzosen- herrschaft in Dresden: „Die unentbehrlichen Lebens- mittel waren kaum für Geld zu haben, und die Not erreichte eine solche Höhe, daß der Rahlgrat den Broterverkauf selbst an sich nahm. Mein Vater (der Freund Goethes) mußte in

Fr. 15 Dresdener Nachrichten, 16. Jan. 1923 Seite 3

Bahn vom heutigen, für die in erster Linie die Monatskarte gelten sollte, nämlich von den Berufsleuten, am Sonntag nur in den feierlichen Fällen benutzt werden wird, 108 Fahrten würden aber bei einem Einzelfahrtspreis von 120 M. im Februar 108 x 120 M. = also 12 960 M. kosten, während der Preis für die Monatskarte 12 000 M. beträgt, also eine Ersparnis von sage und schreibe 960 M. Dazu kommt, daß nur ein drei Tage langer Schnupfen über eine kurze Abwesenheit von Dresden genügt, um das Unrentable der Monatskarte für jeden Fahrpaß ins Groteske steigern zu lassen. Mit derartigen unangenehmen Verlusten wird die Direktion kein halbes Dutzend der abgewanderten Jahrgänge zurückgewinnen, sie macht im Gegenteil damit nur Propaganda für ein weiteres rapides Sinken der Rentabilität.

Die erhöhten Tariffage,

die ab 18. Januar gelten, sind im wesentlichen folgende: Es folgt eine einfache oder Umsteigefahrt im innerstädtlichen Verkehrsgebiet sowie nach Pausaack und Piesitz 100 M. Auf der Linie 11 gelten folgende Preise: Pausaack-Vorhärde oder Nordharndbrücke-Nürnbergstraße 100 M., Pausaack-Nürnbergstraße 150 M. Kinder zahlen auf allen vorgenannten Linien 50 M. Am Nachverkehr gilt der doppelte Preis.

Freidemühnte Fahrarten.

- Es werden ausgegeben:
- A. übertragbare Fahrarten zu Einzelfahrten für 570 M.
- B. übertragbare Feste mit 12 Fahrkarten für 900 M.
- C. übertragbare Feste mit 20 Fahrkarten für 2000 M.
- D. nicht übertragbare Feste für Schüler und Lehrlinge mit 20 Fahrkarten für 1500 M.
- E. übertragbare Karten für Kinder unter 14 Jahren zu 10 Einzelfahrten für 400 M.

Die Fahrkarte der unter B. C und D genannten Feste sind nur gültig, solange sie sich ungetrennt im Verbands der Fahrkarten befinden. Am Umstiege oder an den Fahrkarten beidseitige Feste sind unzulässig. Alle Fahrkarten sind und können gelten für die Fahrten im innerstädtlichen Verkehrsgebiet und darüber hinaus auf Vorortstrecken, die Fahrkarte für Umsteigefahrten jedoch nur auf den beiden Linien, für die sie ausgestellt sind, bis zum Umsteigepunkt und von ihm aus. Die Karten A und die Feste C gelten dauernd im Tages- und Nachverkehr der Werk- und Feiertage; außerdem können sie zur Erleichterung der Gebühr für die Beförderung von Handgepäck und Kindern benutzt werden. Im Nachverkehr sind für eine Fahrt zwei Fahrfelder bzw. zwei Fahrkarte zu erwerben.

Die Preise für die Vorortlinien, Ubergangsstrecken und die Bergbahnen werden entsprechend erhöht.

Präsident a. D. Ulrich +.

Am Sonntag verschied nach längerer Krankheit der ehemalige Präsident der Generaldirektion der Sächsischen Staatseisenbahnen Dr. phil. Dr.-Ing. h. c. Richard Ulrich. Der Heimgegangene war 1849 in Dresden geboren, hatte am Polytechnikum seiner Vaterstadt die Ingenieurwissenschaften studiert und trat, nachdem er im Hinblick auf eine weitere Dokumentenarbeit in Jena seine Doktorprüfung abgelegt hatte, im Herbst 1870 die praktische Ingenieurlaufbahn. Nach mehrjähriger Beschäftigung im Straßen-, Brücken- und Eisenbahnbau trat er 1875 in den Dienst der sächsischen Staatseisenbahnen, wo ihm zunächst verschiedene Stellen in der Verwaltung der Ingenieur-Abteilung, Ost- und der Umbau des Bahnhofs Meissenbach z. B. oblagen. 1878 wurde er zur Leitung des Eisenbahn-Telegraphenwesens nach Dresden versetzt und widmete sich nun besonders dem Sicherungswesen, das ihm wertvolle Fortschritte verdankt, und der sich immer stärker entwickelnden Eisenbahn-Elektrotechnik. 1892 wurde ihm das Amt eines Regierungskommissars für elektrische Bahnen übertragen, dem er 17 Jahre vorstand. Am 1. Januar 1898 trat er in die Generaldirektion der Staatseisenbahnen ein, der er vier Jahre angehört hat. Am 1. Januar 1902 wurde er Vortragender Rat im Finanzministerium, zunächst für elektrische, später auch für maschinentechnische Eisenbahn-Angelegenheiten. Als Kommissar seiner Vaterstadt hat er an verschiedenen für das deutsche Eisenbahnwesen wichtigen Fragen mitgearbeitet. Neben seiner hauptamtlichen Tätigkeit wirkte er seit 1889 als Dozent für Eisenbahn-Anlagen und Telegraphie an der Technischen Hochschule, an der er 1890 zum Professor ernannt wurde. Der technischen Praxis hat er nach verschiedenen Richtungen wertvolle Anregungen gegeben. Zahlreiche Studienreisen machten ihn mit den Eisenbahnverhältnissen anderer Staaten bekannt. 1898 war er Mitglied der Jury in der elektrotechnischen Abteilung der Weltausstellung in Chicago, von 1899 an Mitglied der Studiengesellschaft für elektrische Schnellbahnen, 1896 und 1897 Vorsitzender des Sächsischen Ingenieur- und Architekten-Vereins, 1902 bis 1904 Vorsitzender des Verbandes Deutscher Elektrotechniker, 1908 wurde er zum außerordentlichen Mitglied der Preussischen Akademie des Bauwesens und 1910 von der Technischen Hochschule zu Dresden beim Scheiden aus seiner Lehrtätigkeit zum Dr.-Ing. ehrenhalber ernannt. Am 1. Oktober 1910 trat er das Amt des Präsidenten der Generaldirektion der Staatseisenbahnen an. Nur vier Jahre seiner 8 1/2-jährigen Tätigkeit in dieser führenden Stellung fielen noch in die Friedenszeit. Er widmete sie neben der all-

gemeinen Leitung Vervollkommnungen des vielgestaltigen dienstlichen Modernismus, ferner auch der Förderung der Disziplin bei Unfällen und ganz besonders der eingehenden Vorbereitung einer Elektrifizierung des Vorortverkehrs. Dann kamen die schweren Kriegsjahre, die außerordentliche Leistungen zur Durchführung des Betriebes verlangten. Gleichwohl ermüdete er in dieser Zeit noch den Plan einer zuverlässigen Ausbeute des für sicherheitsmäßig wichtige Dienste zu verwendenden Personals zu entwickeln und ein vorbildliches Präparatorium für Berufseignung zu schaffen.

Seine hervorragenden Verdienste sichern ihm eine ehrenvolle Stellung in der Geschichte der Eisenbahnen. Seine vorzüglichen menschlichen Eigenschaften haben ihm aber auch die aufrichtige Verehrung aller seiner erworben, denen es vergönnt war, zu ihm in ein näheres Verhältnis zu treten. Am Montag veranstalteten die Mitglieder der Reichsbahndirektion Dresden eine Gedächtnisfeier, in der Präsident Dr. Wittig die Verdienste des Verstorbenen würdigte.

Professorenversammlung gegen den Schankstättengelegentwurf.

Mehr als 4000 Menschen füllten am Montag nachmittag den großen Ausstellungssaal zu einer Professorenversammlung gegen den Schankstättengelegentwurf und die Hebergriffe der Abkürzungsabteilung. Die Versammlung leitete Generaldirektor Reichardt. Er erwähnte, daß das in Deutschland Millionen von Menschen beschäftigende Getränkegewerbe durch das Gesetz für die Schankstätten von Grund aus vernichtet werde und erklärte, daß dieses Gesetz auch gegen Trunksucht und Wöllerei sich wende, aber man wolle durchaus nicht, daß durch ein solches Gesetz die persönliche Freiheit beschränkt werde. Den Hauptvortrag hielt der Präsident des Deutschen Gastwirtsverbandes R. B. Berlin. Er schilderte besonders eingehend die Unmöglichkeit, den Gemeinden ein Steuerrecht in dieser Hinsicht einzuräumen und wußte die Schwierigkeiten darzustellen, die einer gesetzlichen Bekämpfung der Schlemmerer erwachsen müßten. Die Angehörigen des Gastwirtsstandes und des Getränkegewerbes seien durchaus Freunde der Mäßigkeitserziehung und kämpften mit ihr Schulter an Schulter. Die Bewegung der völligen Abkürzung aber beeinträchtigen die persönliche Freiheit des Einzelnen. Ausführlich stellte er auch dar, daß unter deutsches Volk durch den mäßigen Alkoholenuss gewöhnlich nicht degeneriert sei, vielmehr körperlich noch immer seinen Mann stehe. Er beschränkte auch den unerhörten Verschleiß, die Unmöglichkeit der Bekämpfung ungezügelter Menschen, wenn die Schankstätten geschlossen werden sollten. Des weiteren sprach Dr. Ballburg, Vorsitzender des Schankwirtsverbandes der Brauereien Deutschlands. Er wendete sich besonders gegen die Uebertreibungen des Abkürzungsstandes und schilderte die Wirkung der amerikanischen Prohibitivgesetze, die eine unerhörte Volkswirtschaft mit schlechtem Alkohol, Koffein und Morphinum zur Folge gehabt habe. Der Redner widmete ausführliche Darstellungen aus dem bekannten Vortrage, die Vorkämpferin der Volksernährung große Mengen von Gemüse; die Biergewinnung schaffe wertvolle Nahrungsmittel, die zur Ernährung vieler Völkervölker dienen, jedenfalls für die Ernährung wertvoller, als der altschulische in großer Menge aus der Erde gewonnene Kaffee-Ertrag. Als Vertreter der Angehörigen des Gast- und Schankwirtsstandes sprach Herr Starke eine Erklärung, die einer einmütigen Entschließung ausleitete. Auch für die Arbeitnehmers der Getränkeindustrie wurde eine ähnliche Erklärung abgegeben. Es wurde folgende Entschließung angenommen:

Die am 15. Januar 1920 in Dresden versammelten Vertreter der Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Brauindustrie, dem Weinhandel, der Spirituosenfabrikation und dem Gastwirtsstande lehnen den vom Reichswirtschaftsministerium ausgearbeiteten Entwurf eines Schankstättengesetzes einmütig ab. Sie erkennen an, daß gewisse Maßnahmen des Alkoholenusses gerade in der gegenwärtigen schweren Zeit mit aller Entschiedenheit entgegenzuwirken sind. Die in dem Schankstättengesetz vorgeschlagenen Maßnahmen müßten jedoch teilweise als völlig ungeeignet, zu einem anderen Teile als viel zu weitgehend und die Existenz der Arbeitnehmer und Arbeitgeber der genannten Gewerbe gefährdend abgelehnt werden. Die Versammlung weist darauf hin, daß nach der amtlichen Statistik der Verbrauch an geistigen Getränken seit nur noch einen Bruchteil von dem ausmacht, was vor dem Kriege in deutschen Volks konsumiert wurde. Es ist daher eine Forderung der Gerechtigkeit, wenn von Seiten der Abkürzungsabteilung immer wieder die Behauptung aufgestellt wird, als ob gerade neuerdings ein übermäßiger Genuß sich breit gemacht hätte, der einschneidende Maßnahmen erfordert. Das Gegenteil ist der Fall. Die große Masse des Volkes ist schon aus wirtschaftlichen Gründen genötigt, sich im Genuß geistiger Getränke größte Beschränkung aufzuerlegen, und diese Einschränkung wird aller Voraussicht nach auch weiterhin anhalten. Klarer denn je tritt die Tatsache zutage, daß es der Abkürzungsabteilung nicht nur darum zu tun ist, Mißbräuchen des Alkoholenusses, die auch von der Versammlung verurteilt werden, entgegenzuwirken, sondern vielmehr einer vollständigen Prohibitivgesetzgebung des ganzen Landes nach amerikanischem Muster den Boden vorzubereiten. Ihr letztes Ziel ist also, auch dem erkrankten und gelandeten Menschen den anregenden Genuß geistiger Getränke zu verweigern. Dergleichen müßten sich nicht nur die beteiligten Interessenten, sondern auch alle diejenigen deutschen Staatsbürger entschließen, die in der Freiheit ihrer Persönlichkeit ein unantastbares Gut erblicken.

Der neue Leiter der Gewerkschaften, Oberstudienrat Dr. Steinbrink, wurde am Montag in sein Amt eingeweiht. Nach einem musikalischen Willkommensgruß begrüßte ihn die Stadtkommission Dr. Hartmann namens des Rates den neuen Leiter zu seinem Amt. Er sei überzeugt, daß er das Amt mit großer Freude an führender Stelle für die Weiterentwicklung der Schule zu sorgen. Aber es gelte nicht nur die Schüler in ihren Schuljahren zu fördern, sondern auch den sozialen Jug zu berücksichtigen, der in dem Aufbau liegt. Professor Rische begrüßte den neuen Chef im Auftrag der Lehrerschaft der Gewerkschaften und der Technischen Mittelschule. Oberstudienrat Dr. Steinbrink dankte der Stadt Dresden für das in ihm gelebte Vertrauen und den beiden Rednern für ihre ihm gewidmeten ehrenvollen Worte. Er werde seine ganze Arbeitskraft daran setzen, den hochentwickeltesten Schulbetrieb weiter zu fördern.

Todesfälle. Geh. Rat Richard Wenzel, der von 1800 bis 1919 Vorstandsvorsitzender der Landesversicherungsanstalt Sachsen war, ist Sonntag Nacht in Dresden nach kurzem Krankenlager gestorben. Die Stadt Gottleuba adelte ihn für seine Verdienste um die Anstalt, die dort ihre Heimstätte besitzt, zu ihren Ehrenbürgern. Der 1. Vorsitzende der Arbeitervereine Dresden-Plauen Pfarrer Ernst Siebach ist am Sonntag im 66. Lebensjahre nach schwerem Leiden verstorben. In das neu gegründete Diakonotat der vor-maligen Dorfgemeinde Plauen wurde er am 10. November 1900, als Pfarrer am 1. Oktober 1900 eingeweiht. Der Verstorbenen war 33 Jahre lang Armenpfleger-Obmann.

Neu-Erbauung. Das Banthaus Vassenge & Pflücker, hier, hat Oberbürgermeister Müller 100 500 M. für die Notgemeinschaft überwiesen, davon 250 000 M. eigener Beitrag, 50 000 M. von zwei Geschäftsfreunden und 4500 M. von verschiedenen Spendern. Ebenso hat das Modehaus Adolph Renner 250 000 M. für Unterhausarbeiten übergeben. Die Angehörigen der Notgemeinschaft der Stadt Dresden hat den Erlös eines Familienabends - verbunden mit einer Tombola aus Geschenken Dresdner Firmen und der Verkauf von Kriegserlösen - in Höhe von 40 000 M. dem Disant für Kriegserlöse übergeben. Das davon bei der kommenden Schulentscheidung einige Kriegserlöse und Kinder von Kriegserlösen ausstatten wird. Die Beiträge für die Deutsche Notgemeinschaft werden von der Spende nicht berührt; ihren Verpflichtungen dieser gegenüber wird die Angehörigen- und Arbeiterschaft durch ihre Gewerkschaften noch nachkommen.

Der Ausgleichsausschuss für die Staatsbeamten, Lehrer und Behördenangestellten wird voraussichtlich für die Zeit vom 1. Januar an um 60 auf 80 Prozent erhöht.

Theater-Ausweise sowie Führungsbeleg sind nicht im Hauptpolizeibüro, sondern in der zuständigen Polizeikommission zu beantragen.

Die Verwaltung des staatlichen Kraftwagen-Unternehmens hat mit Wirkung vom 1. Januar 1920 an Stelle der Reichsbahndirektion Dresden die Kraftverkehrs-Gesellschaft „Reichsautobahn“ m. B. D. in Dresden, Bismarckplatz 2, unter der Bezeichnung „Staatliche Kraftwagenverwaltung“ übernommen.

Der Verein ehem. und noch dienender aktiver Unteroffiziere des vorm. Garde-Regiments beginnt am Sonntagabend in der „Deutschen Reichshalle“ sein 2. Stiftungsfest. Der junge Verein entwickelt sich zu einem kräftigen Zweig im Militärvereinswesen, das beweislich u. a. der im letzten Jahre erfolgte Beitritt von über 100 neuen Mitgliedern, das offenkundig auch der starke Wuchs des Festes. Dieses erhielt seine Bedeutung durch das vaterländische Programm, namentlich aber durch die künstlerischen Darbietungen, auf die der Verein besonderen Wert legt, um das Zusammengehörigkeitsgefühl noch mehr zu befestigen. Die wohlbekannte Revisorin Frau Verlichow, haben an weite durch den schwingenden Vortrag des Prologs, der den Mut, die Tat und den Sieg verherrlicht, vaterländische Gefühle, noch mehr mit dem Gedicht: „Die drei Reiter“, aus den Händlern, so daß die Teilnehmer spontan in das Deutschlandlied einstimmten. Später rührte die Künstlerin besonders das Herz der Kavalleristen durch die Wiedergabe der herrlichen Dichtung: „Der alte Hans“. Als Mitwirkende waren ferner gewonnen worden Erik Schildhagen von der Staatsoper, der in zweimaligem Auftreten sich kühnlichen Volkserlösen, mit vollem Erfolg konnte sich neben ihm der junge Geiger Hausa, der Sohn unseres beliebten Kessels-Theater-Mitgliedes stellen, der namentlich mit Sarrasins' Raguerweilen keine künstlerische Begabung von neuem erwies. Mit Liebern von Krieg bereicherte noch Fr. Thela Stephan das Programm, dem im übrigen Obermusikmeister Stod die achtschöne Grund-lage gab. Wachtmeister Eibner, der rühmliche Vorstehende, hatte alle Ursache gehabt, in seiner Begrüßungsansprache den

Bücher
kauft
Akadem. Buchhandlung Dressel
Bismarckplatz 14. Fernruf 43532.

lenger Zeit auf Rathaus gehen, um zu erfahren, was ihm noch gewissermaßen Teilung zukam, und befremdlich sah es aus, wenn der treffliche Mann, unter jedem Arm ein Brot, nach Hause kam.

Es war also damals - auch in diesen Dingen - nicht anders als - leider! - wieder jetzt. Demgegenüber klingt es wie eine „Große Verzicht“, wenn im Gosenberger Lande, in Erinnerung an seine Zeit, die Kinder singen: Lütje Mäke, lütje Mäke, lütje Vötigen an't Äker, Mäke Linien, Mäke Linien, datt Broikoren is düer.

Kunst und Wissenschaft.

† Dresdner Theaterplan für heute. Opernhaus: „Mörder, Hoffnung der Frauen“; „Arlecchino“; „Petruska“ (7); Schauspielhaus: „Die Journalisten“ (48); Neuhäuser Schauspielhaus: „Die Ballerina des Königs“ (48); Residenz-Theater: „Draquillo“ (48).

† Mitteilungen der Sächsischen Staatstheater. Opernhaus: „Morgen, Mittwoch (17), um 8 1/2 Uhr: „Migolotto“ mit Tino Pattiera (Derzog), Robert Burg (Migolotto), Danni Müntzen vom Stadttheater in Rostock (Wilda als Gast, an Anstellung), Julius Püttlich (Sparafucile), Irma Terzani (Maddalena), Rudolf Schmalnauer (Graf von Montecore), Offriede Haberborn (Giovanna). Musikalische Leitung: Hermann Kupfchab. Sämtliche Plätze müssen vor Beginn der Vorstellung eingenommen werden.

Schauspielhaus. Heute, Dienstag (18.), um 8 1/2 Uhr das Lustspiel „Die Journalisten“ von Gustav Freytag mit Hedwig Fehder, Charlotte Buch als Gast, Tom Hareit, Alfred Meyer, Adolf Müller, Paul Paulsen, Erich Wontz, Alexis Pöschel und Alexander Wertz in den Hauptrollen. Spielleitung: Alexander Wertz.

† Veranstaltungen. Heute 7 Uhr im Palmengarten: 60jähriges Jubiläum der Literarischen Vereins. - 8 1/2 Uhr, großer Kaufmannshofsaal: Gesellschaft für Literatur und Kunst, Kammermusikabend. - 8 1/2 Uhr, kleiner Kaufmannshofsaal: Ella Barck, Konzertlieder (Kellermann, Wiener-Verein, Jürgens). - 8 1/2 Uhr, Gewerkschaft: Kinderkonzert. - 8 1/2 Uhr, Volkshaus: Konzert Olibebrandt über Bandmusik.

† Dresdner Liebergrub. In dem am 20. Januar anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Vereins im Konzerthaus des Sächsischen Musikvereins unter Leitung von Ernst Busch stattfindenden Konzert hat Kammerleiterin Eleonore Busch, Frau Wierdzinski, Mitglied der Staatsoper, die Mitwirkung angelobt.

† Konzert. In letzter Stunde hatte Staegermann mit Rücksicht auf die politischen Verhältnisse sein Programm (Arien alter italienischer Meister) abgeändert und sich zu

einem deutschen Abend entschlossen mit Werken deutscher Meister. Bei der Kürze der Zeit war die Herstellung von gedruckten Vertragskopien nicht mehr möglich gewesen. Es geht auch so, besonders dann, wenn ein Künstler in der an Staegermann oft gerühmten Art das Wort beim Sprechen und Singen mischt. Mit Kupfchab als Musterbegleiter am Flügel bot der Sänger in feingeistiger Auslegung zunächst Balladen von Löwe und Schubert. In „Edward“ gelangten ihm Höhepunkte von erschütternder Tragik. Mit gelungenen Schumann-Beisen folgten. Und dann zwei deutsche Volkslieder, dabei „Sie sollen ihn nicht haben den freien, deutschen Rhein“. Minutenlang, kühnlicher Beifall, der sich auch dann nicht legte, als das Befehnis zum zweiten Male gesungen worden war. Am Schlusse standen Dichtungen deutscher Meister. „Der Fischer“ (Vorrede) gewann reichste innere Anteilnahme. Schillers „Blode“ läßt sich vertiefen und mit noch mehr Sicherheit gehalten. Der Abend im gut besetzten Vereinssaal wurde zu einer Feststunde deutscher Kunst, die in das Dunkel der Zeit und ihre Not wohnliche Lichtstrahlen sendet. Und das dankte man beiden ausführenden Künstlern von ganzem Herzen.

† Verdrub v. Reiter, eine bekannte Gesangslehrerin Dresden, ist nach kurzem Leiden hier gestorben. Sie kam mit ihrem gleichfalls künstlerisch tätigen Gatten vor mehr als drei Jahrzehnten nach Dresden und trat zunächst als Sängerin auf. Später gründete sie einen Damenchor, den sie selbst dirigierte und mit dem sie vielbesuchte Konzerte gab. Auch als Gesangslehrerin und Musikschichtlerin trat Verdrub von Reiter hervor. In Zeiten der Not hat sie, die immer rührig Arbeitende, sich und ihre Kunst eifrig dem Dienste der Wohltätigkeit gewidmet.

† Eine nordische Spende für Dresdner Künstler. Kammerleiterin Ella Stanzner erhielt nach ihrer letzten Elsaßreise (im „Lohnhauer“ am 10. Januar) von begeisterten schwedischen Besuchern eine Spende von 100 000 M. zur Beteiligung an bedürftige Dresdner Kinder. Das Begleitreiben brachte den Gedanken zum Ausdruck, daß eine Künstlerin, die diese ergreifende Gestalt so überzeugend auf der Bühne zu verkörpern wisse, sicher auch im Leben gern einmal die gültige wohntätige heilige Elsaßreise spielen werde.

† Zum Leiter des Leipziger Sinfonie-Orchesters, das kürzlich auf Grund des früheren Philharmonischen Orchesters gegründet worden ist, wurde Emil Bohne, der Berliner Kapellmeister, berufen, die Orchesterleitung Kapellmeister Paul Hermann, der früher im Winderstein-Orchester in gleicher Stellung und als zweiter Dirigent tätig war, sowie Herr Rudolf Dahn (in Firma Vanhous Newer & Co.) übertragen. Bohne stammt aus Ruffsch-Polen, war Schüler von Kreis und Sitt am Leipziger Konservatorium und von Bern-

heim in Berlin, gehörte mehrere Jahre als Bratscher dem Bach-Quartett an und ist seit einigen Jahren - neben seinem kompositorischen Schaffen - ausschließlich als Dirigent tätig.

† Uraufführung von Strindberg's „Moses“ in Hannover. Strindberg's weltgeschichtliche Trilogie: „Moses“, „Sokrates“, „Christus“ sollte des Dichters historische Epiques künstlerisch gehalten. Sie sollte beweisen, daß die einzelnen Vorgänge der Geschichte nicht zufällige Begebenheiten seien, sondern in engstem Zusammenhang miteinander hängen, distilliert vom Willen Gottes, dem Wesen des Universums. Die Trilogie wurde mehr; sie wurde die Krönung von Strindberg's Werk. Er hat sie nicht aufführen lassen. Ob er sie auf der Bühne nicht sehen wollte, ob er befürchtete, sie auf der Bühne zu wiederholen, - jedenfalls bewahrte er sie sorgfältig im Schreibeis auf. Nach seinem Tode hat man nur den „Sokrates“ aufgeführt, bis Intendant Grünwald vorlesend im Theater zu Hannover auch den „Christus“ zur Uraufführung brachte. Er hat ihm jetzt den „Moses“ folgen lassen. - In etwa zwanzig Szenen, in denen mit dem Worte angeeignet wird, zeichnet der Dichter die Geschichte des Moses. Vom Befehl des Pharaos an, die neugeborenen Hebräerknaben umzubringen, über den Ruf Gottes in Moses, die Juden aus Ägypten zu führen, über die zehn Plagen bis zum Tode Moses vor dem gelobten Lande. Nichts, als die Vorgänge der biblischen Geschichte, fast nur mit den Worten des Alten Testaments. Und doch viel mehr; die Tragödie eines Volkes, das sich gegen den Führer auflehnt, das nie zufrieden ist, das die Vergangenheit stets verklärt sieht und ewig mit der Gegenwart hadert, des Volkes, das glaubt, sein Geschick selbst zu lenken, und das nur gelent wird. Die Geschichte des ersten Volkes, die Geschichte aller Völker, die Geschichte, die für alle Zeiten dieselbe bleiben wird. Durch die Vorgänge hindurch der Grundgedanke: Der Glaube an Gott, an das Gute, das Große liegt. In der Gestaltung unarmein schlicht, religiös, ein Kirchenstückspiel fast, im Gegensatz zu dem satirischen, wihigen, nahezu parodienhaften „Sokrates“, im Gegensatz auch zu dem historisch erhabenen, weichen, feinsinnigen „Christus“. Moses; der Glaube, - Sokrates; die Vernunft, - Christus; die Liebe. Das Hannoverische Theater gab unter der Leitung Dr. Koennecks „falsche Bilder zum Alten Testament. Ohne Pathos, ohne Realität die Darstellung. Das Publikum folgte der Aufführung mit andächtigen Interesse, schien aber über die Einfachheit, die man bei Strindberg nicht vermutet hatte, enttäuscht. Die folgende Uraufführung des „Sokrates“ schien mehr zu imponieren.

† Theater zu Frankfurt a. M. Eichenborff's romantischer Lustspiel in drei Aufzügen „Freier“ erlebte in der Bearbeitung von Otto Hoff im Frankfurter Schauspielhaus

Drei Fragen

„Die Erfahrung hat gezeigt, daß die Elektrizität in einer zahllosen Reihe der verschiedensten Krankheiten hilfreich sein kann, daß sie in manchen Fällen geradezu Wunder tut, und daß ihr die Heilung mancher früher für unheilbar gehaltenen Krankheiten gelingt.“

Dieser Satz des berühmten Elektrotherapeuten Professors Dr. Erb gilt in vollem Umfange für den **galvanischen Schwachstrom**. Es gibt keine elektrische Energieform, die sich in vollkommener Weise dem Organismus der einzelnen Person anzupassen vermag.

Hierin liegen die gewaltigen Erfolge der Schwachstrombehandlung und deren vielseitige Anwendungsmöglichkeit bei Leiden und Krankheiten verschiedenster Art begründet.

Was bewirkt der galvanische Schwachstrom?

Dreifach ist die Aufgabe, die der galvanische Schwachstrom erfüllt

- Den Gesunden Kraft und Energie,**
- Den Kranken Heilung,**
- Den Genesenden und Schwachen Stärkung**

zu verleihen

Mit oft staunenswerter Schnelligkeit erzielt der galvanische Schwachstrom die gewünschten Wirkungen, vor allem

- Beseitigung und Linderung von Schmerzen,**
- Stärkung des kranken und geschwächten Gesamtorganismus,**
- Antreiben der Zellen zur Ausscheidung von Krankheitsstoffen,**
- Beseitigung von Störungen des Blutkreislaufes,**
- Hebung der gesunden Energie,**
- Stärkung der Nerven und Muskeln.**

Wo kann der galvanische Schwachstrom zur Anwendung kommen?

Vornehmlich bei allen Erkrankungen des Nerven- und Muskelsystems, bei Lähmungen, Rückenmarksleiden, Rheumatismus, Gicht, Ischias, Stoffwechsel- und Verdauungsstörungen, Herzleiden, ebenso bei Erkrankungen der Sinnesorgane (Augen- und Ohrenleiden), Magen- und Darmkrankheiten, Frauenleiden, Kinderkrankheiten, allgemeiner Körperschwäche und bei Erschöpfungszuständen.

Nach welchen Grundsätzen soll die Anwendung erfolgen?

Nach den tausendfach erprobten Prinzipien des Wohlmuthschen Verfahrens, das

1. jedem ohne Unterschied des Alters oder Geschlechtes die Selbstbehandlung in Haus und Familie ohne jede Berufsstörung gestattet,
2. vollkommen schmerzlos und ungefährlich ist,
3. die größten Erfolge erzielt, wie viele tausende von Dank- und Anerkennungsschreiben von Ärzten und Laien beweisen.

Aus der Beantwortung obiger drei Fragen ergibt sich, daß der

WOHLMUTH-APPARAT MARKE „GEWECO“

(alleinige Hersteller G. Wohlmuth & Co. A.-G. Furtwangen, Schwarzwald) der Erzeuger und Vermittler der schwachen bis ins feinste dosierbaren elektro-galvanischen Ströme, ein unentbehrliches Familien- und Hausmittel darstellt, das den großen Vorzug besitzt, daß es jederzeit zur Hand ist und ohne besondere Vorkenntnisse gebraucht werden kann.

Die außerordentliche Wirksamkeit des galvanischen Schwachstromes bei Leiden verschiedenster Art ist von ersten Autoritäten anerkannt und glänzend begutachtet.

Nähere Aufklärung erteilt jederzeit bereitwilligst und kostenlos

*G. Wohlmuth & Co. A.-G.
Furtwangen-A.
Bürgerwiese 22.*